



AfD-Fraktion

Im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

465
RAT/ /2026

An den

16.7.2026

Vorsitzenden des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf

Herrn Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller

Änderungsantrag der AfD-Ratsfraktion zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 16.07.2026

Betreff:

Änderungsantrag der AfD-Ratsfraktion zur Vorlage APS/050/2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AfD-Ratsfraktion bittet Sie, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 16. Juli 2026 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Antrag:

Der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung beschließt die Beschlussvorlage APS/050/2026 mit den folgenden Änderungen:

1. Beauftragung der Verwaltung, die in diesem Beschluss behandelte Fläche als „Kategorie D – Entwicklungszonen gemischter Nutzungen“ in der derzeitigen Weiterentwicklung der Flächenstrategie für produktions- und handwerksgeprägte Branchen einzubringen, um einen gewerblichen Nutzungsanteil langfristig zu sichern und dabei durch adäquate planungsrechtliche Festsetzungen (z.B. Gliederung nach BauNVO) Immissionskonflikte mit angrenzenden Nutzungen präventiv auszuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, an welchen bestehenden Industrieflächen im Stadtgebiet adäquate Erweiterungspotenziale (Zielgröße: mindestens im Umfang der entfallenden industriellen Nutzfläche dieser Vorlage) aktiviert und planerisch angebunden werden können, um den industriellen Kern Düsseldorfs substantiell zu sichern.

Begründung:

Zu 1. Es besteht zu befürchten, dass Gewerbetreibende und Handwerksbetriebe durch drohende juristische Auseinandersetzungen im Rahmen von Immissionsrichtwerten von einer Ansiedlung im Plangebiet abgeschreckt werden könnten. Der Ausweis als „Kategorie D – Entwicklungszonen gemischter Nutzungen“ innerhalb der Flächenstrategie bietet hier den notwendigen planerischen Schutzraum und sichert auch eine urbane Produktion. Adäquate planerische Festsetzung sind hier von besonderer Bedeutung.

Zu 2. Es zeichnet sich ab, dass die beschlussrelevante Fläche eine Transformation hin zu emissionsärmeren Handwerks- und Gewerbebetrieben vollziehen wird. Um Düsseldorfs Position als zweitgrößter Industriestandort in Nordrhein-Westfalen nicht zu schwächen, ist ein konsequenter **Flächenausgleich** für das produzierende Gewerbe zwingend erforderlich. Die Erweiterung und Angliederung an bestehende Industrieareale ist städtebaulich hochgradig sinnvoll, da dort bereits die notwendige Infrastruktur vorhanden ist und potenzielle Konflikte mit einer stark vertretenen Wohnnachbarschaft von vornherein minimiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ratscherr Winter für die AfD-Ratsfraktion Düsseldorf

Für die Richtigkeit:



Thomas Krabbe